

An die
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck
Verkehrsreferat
Gilmstraße 2
6020 Innsbruck

E-Mail: bh.innsbruck@tirol.gv.at

(Eingangsvermerk)

Antrag auf Verordnung einer Höhen-/Breitenbeschränkung

I. Angaben zum/zur AntragstellerIn (bitte genau ausfüllen):

Firma (juristische Person):

Nachname:

Vorname:

PLZ, Ort:

Straße:

E-Mail-Adresse:

Telefon:

Hinweis: Wenn es sich beim Antragsteller um eine juristische Person handelt ist eine Vollmacht des vertretungsbefugten Organs beizulegen.

II. Es wird um Verordnung folgender Beschränkung angesucht:

Es wird ersucht auf der

Gemeindestraße Landesstraße L / B (genaue Bezeichnung notwendig)

Straßenbezeichnung:

im Bereich (von-bis, Kilometer, Hausnummer):

ein Fahrverbot für über m breite Fahrzeuge gem. § 52 lit. a Zif. 9a StVO 1960

Fahrverbot für über m hohe Fahrzeuge gem. § 52 lit. a Zif. 9b StVO 1960

zu erlassen.

Vom Fahrverbot **ausgenommen** werden:

.....

III. Sonstige Angaben / Bemerkungen (Begründung, etc.):

.....

.....

.....

Information

Voraussetzungen:

Alle Verkehrsmaßnahmen müssen erforderlich und nicht bloß zweckmäßig sein.

Nach der ständigen Rechtsprechung des VfGH ist eine Verkehrsbeschränkung nur erforderlich, wenn es auf Grund der örtlichen und verkehrsmäßigen Gegebenheiten der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs notwendig ist. Durch die Verkehrsbeschränkung muss einer spezifischen Gefahrensituation begegnet werden, die sich für die betreffende Straße oder die betroffenen Straßen innerhalb eines bestimmten Gebietes deutlich von der allgemeinen, für den Straßenverkehr typischen Gefahrenlage unterscheidet. Die Verhältnismäßigkeit ist von der Behörde im Zuge des Anhörungs- und Ermittlungsverfahrens zu prüfen.

Die Straßenverkehrszeichen müssen den Bestimmungen der Straßenverkehrszeichenverordnung in der derzeit gültigen Fassung entsprechen. Die Bestimmungen der §§ 48 bis 54 der Straßenverkehrsordnung 1960 müssen bei der Aufstellung der Straßenverkehrszeichen genau beachtet werden.

Verkehrszeichen

„Fahrverbot für über ... m breite Fahrzeuge“ gem. § 52 lit. a Zif. 9a StVO 1960



Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren mit Fahrzeugen, deren größte Breite die im Zeichen angegebene Breite überschreitet, verboten ist.

„Fahrverbot für über ... m hohe Fahrzeuge“ gem. § 52 lit. a Zif. 9b StVO 1960



Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren mit Fahrzeugen, deren größte Höhe die im Zeichen angegebene Höhe überschreitet, verboten ist. Es kann oberhalb der Fahrbahn entsprechend der vorhandenen Höhe angebracht werden.

Zum Schutzzweck gehört z.B. die Vermeidung von Behinderungen des Folge- und Gegenverkehrs.

Zusatztafeln:

Gemäß § 51 Absatz 2 StVO müssen Angaben und Zeichen leicht verständlich sein. Lange Texte auf Zusatztafeln sind daher zu vermeiden. Es ist zu trachten, den Text so kurz zu fassen, dass er mit einem Blick erkannt werden kann.

Wenn eine unter einem Vorschriftszeichen angebrachte Zusatztafel eine "mehrfache Deutung" zulässt, kann sich der Lenker eines Fahrzeuges auf die Unkenntnis der Vorschrift berufen und diese fällt nicht ihm, sondern der Behörde zur Last, weil diese die Anordnung des § 54 Abs. 2 StVO 1960, betreffend die leichte Verständlichkeit der Angaben und Zeichen auf Zusatztafeln, nicht befolgt hat.

Beispiele für rechtswidrige Formulierungen:

Eine unter einem Straßenverkehrszeichen angebrachte Zusatztafel mit der Aufschrift "Ausgenommen Fahrzeuge für die Anrainer" oder „Zufahrt für Anrainer gestattet“ lässt eine mehrfache Deutung zu und entspricht daher nicht der Vorschrift des § 54 Absatz 2 StVO.

Durch die Aufschrift „ausgenommen Berechtigte“ ist nicht erkennbar, für welchen Personenkreis das Fahrverbot verordnet wurde bzw. welche Verkehrsteilnehmer davon ausgenommen sind.

Ausnahmen vom Fahrverbot:

Ausnahmen von Verkehrsbeschränkungen müssen durch den Gleichheitsgrundsatz gerechtfertigt sein. Ausnahmebestimmungen auf einer Zusatztafel sind grundsätzlich nicht ausdehnend auszulegen.

Nach der ständigen Rechtsprechung ist bei der Auslegung der Bestimmungen hinsichtlich der Ausnahmen bei Maßen und Gewichten der allerstrengste Maßstab anzulegen.

Begriffsbestimmungen:

„Anrainer“

Anrainer sind die Besitzer neben der Straße befindlichen Liegenschaften. Der Begriff „Anrainer“ umfasst aber nicht nur dinglich Berechtigte, wie Mit- oder Wohnungseigentümer, sondern auch Mieter und Pächter.

„Anrainerverkehr“

Der „Anrainerverkehr“ ist der Verkehr zu den Anrainern (Rechtsbesitzern) und umfasst somit „den Verkehr Dritter zu den Anrainern“, was für „Lieferanten, Kunden, Gäste, Besucher und Angestellte“ zutrifft.

„Zufahrt gestattet“

Die Erlaubnis der Zufahrt muss entweder für die ganze Strecke gelten oder durch weitere Aufschriften eingeschränkt werden. Bei einem einfachen Zusatz „Zufahrt gestattet“ kann dem Lenker nicht zugemutet werden zu wissen, dass die Zufahrt nur für einen Teil der Straße zulässig ist.

„Zubringerverkehr“

Dem Begriff des Zubringerverkehrs kann nach dem allgemeinen Sprachgebrauch kein anderer Inhalt beigemessen werden, als dem des sogenannten „Zubringerdienstes“; darunter ist zu verstehen, dass LKW trotz bestehenden LKW-Fahrverbotes Waren bringen, abladen bzw. abholen dürfen.

„Ziel- und Quellenverkehr“

Die Ausnahme vom Verbot in Fahrten mit Fahrzeugen im Ziel- oder Quellverkehr besteht für Gebiete, die ohne Benutzung der vom Verbot erfassten Wegstrecken nicht erreicht werden

können. Unter Zielverkehr ist der im betreffenden Gebiet endende Verkehr, unter Quellverkehr der von diesem Gebiet ausgehende Verkehr zu verstehen. Intention des Gesetzgebers war es offenbar, insbesondere Transportfahrten, die im betreffenden Gebiet ihren End- oder Ausgangspunkt haben, bei denen also die (gänzliche oder überwiegende) Be- oder Entladung im betreffenden Gebiet erfolgt, vom Fahrverbot auszunehmen.

Verfahren über Anträge können nur rasch erledigt werden, wenn das **FORMBLATT GENAUESTENS UND VOLLSTÄNDIG AUSGEFÜLLT, SÄMTLICHE UNTERLAGEN ANGESCHLOSSEN**, und vom **Antragsteller unterschrieben** ist. Der **Antragsteller versichert mit der Unterzeichnung des Formblattes**, dass alle Angaben der Wahrheit entsprechen.

Für derartige Anträge sind umfangreiche Ermittlungen (Gutachten von verkehrstechnischen Sachverständigen, Durchführung eines Lokalausweises usw.) erforderlich.

(Ort/Datum)	(Unterschrift des Antragstellers)

DEM ANTRAG SIND JEDENFALLS FOLGENDE UNTERLAGEN ANZUSCHLIESSEN:

- 1) **Übersichtslageplan** mit den eingetragenen Verkehrszeichen
- 2) **Gutachten** eines verkehrstechnischen Sachverständigen